

**Rede des umweltpolitischen Sprechers  
der CDU-Landtagsfraktion  
Rainer Deppe**

am 17. Dezember 2015

**Plenum, TOP 1**

**AKTUELLE STUNDE**

**Der Klimavertrag von Paris: NRW beim Klimaschutz auf dem richtigen Weg**

**Einzelplan 10 - Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

195 Staaten haben am vergangenen Samstag in Paris mit dem globalen Klimaschutzabkommen Geschichte geschrieben. Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist: die Begeisterung aus dem Konferenzzentrum in Le Bourget hat sich selbst über das Fernsehen auf die Zuschauer übertragen. Bundeskanzlerin Angela Merkel nennt dieses Abkommen „einen historischen Wendepunkt in der globalen Klimapolitik“. „Die Welt hat eine Rettungsleine bekommen, eine letzte Chance, künftigen Generationen eine stabilere Welt zu hinterlassen“, kommentierte Jean-Claude Juncker das Ergebnis.

Als nächstes kommt es darauf an, dass nicht nur Ziele, wie das 2 Grad-Ziel oder besser das leider nicht verbindliche 1,5 Grad-Ziel bis zum Ende dieses Jahrhunderts beschrieben werden, sondern auch tatsächliche Maßnahmen erfolgen, um diese Ziele zu erreichen. Für uns ist wichtig, dass es ein klares, für alle obligatorisches CO<sub>2</sub>-Minderungsregime mit möglichst wenigen Sonderwegen gibt. Dem Klima nützt es nämlich gar nichts, wenn wir in Nordrhein-Westfalen zusätzliche CO<sub>2</sub>-Minderungen teuer oder gar mit Arbeitsplatzverlusten erkaufen. Über das EU-Emissionshandelssystem dann wiederum die gleichen Mengen an Klimagasen in anderen Bundesländern oder anderen europäischen Staaten in die Luft zu blasen, bringt keinen weiter.

Die Verschmutzung in andere Länder zu verlagern und die Arbeitsplätze gleich mit, das wäre eine Politik, die den Menschen und den Arbeitsplätzen schadet und dem Klima nicht das Geringste bringt. Für die CDU, meine Damen und Herren, sind neue Arbeitsplätze und Klimaschutz zwei Seiten der gleichen Medaille.

Die These, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum vertragen sich nicht, ist längst widerlegt und zumindest für unser hochentwickeltes Industrieland Nordrhein-Westfalen falsch. Im Jahr 2000 haben wir in NRW 339 Mio. t Treibhausgase emittiert. Im Jahr 2013 – das sind die aktuellsten Zahlen Ihres Ministeriums – waren es nur noch 310 Mio. Tonnen. Also eine Minderung von 8,6 Prozent in 13 Jahren. Das Bruttoinlandsprodukt in NRW stieg im gleichen Zeitraum preisbereinigt um 9,2 Prozent.

Wir sagen: Im Gegenteil. Erst Wirtschaftswachstum, Innovationen und zeitgemäße Ersatzinvestitionen schaffen die Spielräume, um den Treibhausgasausstoß wirksam zu reduzieren.



**Es gilt das gesprochene Wort!**

Neue Produkte werden heute in der Regel mit erheblich weniger Ressourceneinsatz hergestellt – sie sind effizienter, sparsamer und klimafreundlicher als ihre Vorläufer. Stellen Sie sich einmal den Ausstoß an Klimagasen vor, wenn die Menschen weiter in ihren alten Fernseher schauen, ihren alten FCKW-Kühlschrank weiter betreiben oder ihre alten Autos mit hohen Kraftstoffverbräuchen weiterfahren würden.

Technischer Fortschritt und die Forschung in marktreife Innovationen sind die besten Treiber, damit sich klimafreundliche Produkte im Markt durchsetzen können. Verbote, Vorschriften und Untergangsszenarien verursachen nur Missmut und schaffen keine Akzeptanz. Hören Sie auf, den Menschen ein schlechtes Gewissen einzureden und ihnen ständig Vorschriften machen zu wollen, wie sie zu leben haben.

Wir müssen Begeisterung für Innovationen auslösen und nicht den Zeigefinger erheben. Klimaschutz macht Spaß, wenn er den eigenen Geldbeutel entlastet, für bessere Luft sorgt und den Anwender technisch immer auf die Höhe der Zeit bringt.

Hier liegen gerade für unser Industrieland die großen Chancen des Klimaschutzes. Wir in Nordrhein-Westfalen stellen die Produkte her, die die Welt und die wir selber brauchen, um effizient, modern, ressourcenschonend und klimafreundlich zu leben und zu wirtschaften.

Rot-grün ist von Anfang an einen falschen Weg gegangen. Mit dem einerseits strikt und andererseits doch wieder unbestimmt formulierten Klimaschutzgesetz, mit der Vielzahl von Ermächtigungen, die Sie sich haben in das Gesetz hineinschreiben lassen, haben Sie Befürchtungen, Misstrauen und Ablehnung geradezu provoziert.

Und mit Ihren Drohungen für die Zeit nach der Landtagswahl 2017 geben Sie diesen Befürchtungen weitere Nahrung.

Hier heißt es: „Die Landesregierung beabsichtigt in dieser Legislaturperiode nicht, Teile des Klimaschutzplans für rechtsverbindlich zu erklären“! (Klimaschutzplan S. 36, „II.1 Das klimapolitische Leitprogramm für Nordrhein-Westfalen“) In der Pressekonferenz am 15. April hat Minister Rimmel bereits angekündigt, falls sich die Industrie und Wirtschaft den Maßnahmen nicht freiwillig unterwerfen, wird es ab der kommenden Legislaturperiode rechtsverbindliche Vorgaben geben.

Von uns jedenfalls kommt das ganz klare Bekenntnis zur Industrie in Nordrhein Westfalen. Wir wollen, dass bei uns auch zukünftig benzinsparende Leichtlauf-Autoreifen, Leichtbaukarosserien, robuste, wartungsfreie Schwerlastgetriebe für Windkraftanlagen, Batterien für die Elektroautos und moderne Eisenbahnzüge hergestellt werden – und zwar möglichst mehr als bisher. Und dazu gehört auch der Erhalt von nordrhein-westfälischen Wertstoffketten, beispielsweise bei Aluminium, Stahl, Baustoffen und Grundstoffen für die chemische Industrie.

Die nordrhein-westfälische Industrie hat übrigens in den letzten 13 Jahren mit 23 % die höchsten Treibhausgaseinsparungen aller Wirtschaftsbereiche erzielt. Die hat nun wahrlich den geringsten Nachholbedarf.

Investitionen, die hier unterbleiben, nützen Nordrhein-Westfalen nicht und auch nicht dem Klima! Insbesondere wenn die gleichen CO<sub>2</sub>-Mengen irgendwo anders in der Welt und dann nach aller Lebenserfahrung unter weniger strengen Umweltstandards ausgestoßen werden.

Das Klimaabkommen von Paris bietet mittel- und langfristig beste Chancen für unsere Wirtschaft. Diese müssen wir mutig wahrnehmen und nicht ängstlich verbauen.

